

Der (tiefe) Fall von News4Teachers - ein soziopsychologisches Schauspiel und eine Warnung

Beitrag von „PaPo“ vom 22. Oktober 2025 17:30

Ein weiteres persönliches ANliegen ist N4T das **Gendern mit Sonderzeichen, Glottisschlag u.ä.** - hinsichtlich dieser Form der 'Gendersprache' zeigt sich die Redaktion ausschl. zustimmend aktionistisch. Mittlerweile echauffiert sich eine Vielzahl an nicht sonderlich sachlichen Artikeln, welche die Grenze zum Meinungsjournalismus überschreiten, über Verbote von Institutionen des öffentlichen Dienstes (Ministerien, Schulen, Hochschulen etc.) in einigen Bundesländern, solche 'Gendersprache' in der offiziellen in- und externen Kommunikation zu gebrauchen:

- Gemeinhin bemüht die Redaktion auch hier *framing*, das solche Verbote als originären und ausschließlich(!) rechtspopulistischen "Kulturkampf, der von rechts und rechtsaußen forciert" würde, devalvieren möchte, den maßgeblich die AfD inszeniert habe. Sie behauptet i.S.e. *slippery slope*-Fehlschlusses, dass Parteien, die solche Verbote erlassen, letztlich der AfD zuarbeiteten:
- N4T ignoriert insofern einerseits, dass das absolute Gros der Bevölkerung gegen diese Form von 'Gendersprache' ist und dies auch über alle Alters- und Geschlechtsgrenzen und solcher der politischen Orientierung hinweg. Es ist somit kein ausschließlich rechtspopulistisches Thema. Auch bleibt die Behauptung, dass dies ein originär seitens der AfD inszenierter "Kulturkampf" sei, nicht nur ignorant ggü. der bisweilen aggressiven *Proponierung* einer solchen 'Gendersprache' (die N4T auch selbst betreibt), sondern auch i.S.d. Henne-Ei-Problems beleglos, zudem komplett irrelevant: Es ist unerheblich, wer 'Henne' und wer 'Ei' ist, ob die AfD die Problematik zum öffentlichen Politikum gemacht hat oder nicht, denn so oder so ist es eine Sache sicher: Sich nicht i.S.e. der Bedürfnisse und des Willens einer demokratischen Mehrheit mit einer Thematik zu befassen (zu wollen), weil auch(!) die AfD diese Thematik und dies auch noch mutmaßlich i.S.d. Mehrheit der Bevölkerung macht, überlässt die Thematik ausschl. der AfD.
- Andererseits ignoriert die Redaktion sämtliche Sachargumente, die objektiv für solche Verbote in der offiziellen Kommunikation des öffentlichen Dienstes sprechen: Staatsbedienstete agieren im staatlichen Dienst, sind quasi das 'Sprachrohr' des Staates (und haben entsprechend weltanschaulich neutral und allgemeinverständlich zu kommunizieren), nicht Privatpersonen, die die Dienstsituation als Möglichkeit der Persönlichkeitsentfaltung zu nutzen hätten. Man darf gerne anderer Meinung sein, hätte

dies aber entsprechend argumentativ zu begründen, was die Redaktion natürlich unterlässt.

- Tatsächlich negiert die Redaktion in ihrer Kritik an solchen Verboten nicht nur den präemptiven Charakter solcher Maßnahmen, der es Personen in Machtpositionen z.B. in Schulen, Hochschulen etc. erschweren soll, in-/direkt 'Gendersprache' ihrer Schützlinge zu erzwingen, indem sie bspw. bei Nichtgendern in Klausuren, Seminararbeiten u.ä. mit Punktabzug o.ä. drohen, sie negiert sogar, dass es solche Fälle überhaupt gibt, ungeachtet der Tatsache, dass ihr Betroffene regelmäßig solche Erfahrungen schildern und die Redaktion einst selbst Zeitungsartikel präsentierte, die das Gegenteil belegten (aber seitens N4T nun arbiträrerweise als veraltete Einzelfälle relativiert werden) – die Foristen agierten ja anonym, ohne Klarnamen und Bild ihrer Selbst. Das wäre auch ein valides Argument, solcher anekdotischer Evidenz nicht *bona fide* zu glauben, würde die Redaktion dies nicht immer dann doch praktizieren, wo es vermeintl. ihrer 'Argumentation' nützt.
- Entsprechend übt sich N4T diesbzgl. auch in *moving the goalposts*-Ablenkungsmanövern, behauptet bspw., das es "keinen einzigen dokumentierten Fall [gibt], in dem eine [...] Hochschule oder Schule Studierende oder Schüler*innen zum Gendern gezwungen hätte. Niemand wird genötigt, Sternchen zu setzen." Dies immer auch im wesentlichen wortlich auf die Anmerkung wiederholt, dass die skizzierte Problematik nicht erst besteht, wenn "eine [...] Hochschule oder Schule Studierende oder Schüler*innen zum Gendern" zwingt, sondern bspw. bereits wenn einzelne Lehrkräfte dies tun. Redaktionsseitig meidet man also jede inhaltliche Auseinandersetzung mit der Problematik.
- Den potenziellen Konflikt mit dem weltanschaulichen Neutralitätsgebot verdeutlichen die Kommentare der Redaktion u.a. im Forum selbst: Ihr ist "Gendern [...] politische Aussage", ausdrücklich "Bekenntnis zur Gleichberechtigung (Grundgesetz, Artikel 3)" (wobei die Redaktion Gleichberechtigung themenübergreifend insg. fälschlich mit Gleichstellung synonymisiert) und ein "Vorstoß für mehr Geschlechtergerechtigkeit" etc. – im Umkehrschluss, so bisweilen seitens der Redaktion auch expliziter behauptet, ist Nichtgendern gem. dieser verqueren Behauptungen mind. gegen Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit gerichtet. Man signalisiere nicht heterosexuellen und nicht cisgeschlechtlichen Menschen: "Ihr bleibt außen vor." Tatsächlich 'argumentiert' die Redaktion sogar (in kompletter Verdrehung des Inhalts eines Beschlusses des BverfG v. 10. Oktober 2017, s. 1 BvR 2019/16), dass Menschen in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt wären, wenn andere Menschen ihnen ggü. keine vermeintl. "geschlechtergerechte" Sprache nutzten. Inwiefern die Verwendung von 'Gendersprache' überhaupt Gleichberechtigung u./o. Geschlechtergerechtigkeit positiv beeinflussen soll, kann N4T auch auf explizite Nachfrage hin nicht beantworten, handelt es sich bei diesen u.ä. Unsinnsbehauptungen ja auch essenziell um ideologische Phrasen aus der Filterblase.
